

INKLUSIONSORIENTIERTE LEHRERBILDUNG KERNBOTSCHAFTEN FÜR DIE POLITIK

Einleitung

In diesem Papier soll ein Überblick über die Schlussfolgerungen und Empfehlungen des einschlägigen Projekts der Europäischen Agentur für Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderung (kurz: Agency) gegeben und außerdem hervorgehoben werden, welchen Beitrag die Projektempfehlungen zu den europäischen und internationalen politischen Prioritäten leisten können.

Das Thema Lehrerbildung steht in Europa und weltweit ganz oben auf der bildungspolitischen Agenda. Zunehmend wird anerkannt, welche wichtige Rolle den Lehrkräften und damit der Lehrerbildung bei der Entwicklung hin zu mehr Inklusion in den Bildungssystemen zukommt. Im Weltbehindertenbericht der WHO (*World Report on Disability, 2011*) wird betont: „Eine geeignete Ausbildung der allgemeinpädagogischen Lehrkräfte ist entscheidend, wenn sie für den vertrauensvollen, selbstsicheren und kompetenten Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die vielfältige Bedürfnisse haben, ausgestattet werden sollen“. Dabei wird als wesentlich erachtet, dass diese Ausbildung sich nicht nur auf Wissen und Kompetenzen, sondern auch auf Einstellungen und Werte konzentrieren muss (S. 222).

Inklusionsorientierte Lehrerbildung – Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene

Das Projekt der Agency hat sich mit aktuellen Entwicklungen in der Lehrerbildung und dem inklusiven Unterricht auf europäischer und internationaler Ebene befasst.

In seinen *Schlussfolgerungen zur sozialen Dimension der allgemeinen und beruflichen Bildung* (2010) stellt der Rat der Europäischen Union fest, dass die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in ganz Europa sowohl Gerechtigkeit als auch herausragende Leistungen sicherstellen müssen. Es wird betont, dass es von entscheidender Bedeutung ist, die Bildungsabschlüsse zu verbessern und Schlüsselkompetenzen für alle zu vermitteln, nicht nur um Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen, sondern auch, um Armut zu vermindern und soziale Eingliederung zu fördern.

Die inklusionsorientierte Lehrerbildung – eine Ausbildung aller Lehrkräfte für den Umgang mit zunehmend vielfältigen Bedürfnissen von Lernenden – kann zur Bewältigung der folgenden politischen Aufgaben beitragen:

Abbau der Bildungsbenachteiligung: Im Hinblick auf Ziel 3 des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“) „Förderung von Gerechtigkeit, sozialem Zusammenhalt und aktivem Bürgersinn“, wird in den *Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009* betont, dass Bildungsbenachteiligung durch ein hochwertiges Bildungs- und Förderangebot für Kleinkinder sowie durch die Förderung der integrativen Schulbildung angegangen werden sollte. Es wird zunehmend anerkannt, wie wichtig die Frühförderung dafür ist, dass viele der von Generation zu Generation weitergegebenen sozialen Probleme verhindert und langfristig Einsparungen bei den öffentlichen Haushalten erzielt werden können.

Bewältigung von Armutsproblemen: In den *Schlussfolgerungen des Rates zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung*: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt (2011a) werden insbesondere stärkere Anstrengungen bei der Bereitstellung von Unterstützung und der Eröffnung von Möglichkeiten für Lernende, die nicht zur klassischen Zielgruppe gehören, und für benachteiligte Lernende gefordert, da Menschen mit Behinderungen nachweislich einem besonderen Armuts- und Ausgrenzungsrisiko ausgesetzt sind.

Bekämpfung des Schulabbruchs: Die Bekämpfung des Schulabbruchs erfordert Maßnahmen wie erweiterte und zusätzliche Bildungsangebote, verstärkte Zusammenarbeit mit Familien und der lokalen Gemeinschaft sowie eine enge Koordinierung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung einschließlich der Früherziehung, Lehrplangestaltung, Lehrerbildung und der individualisierten Unterstützung besonders benachteiligter Gruppen.



Verbesserung der Bildungsabschlüsse und die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen: In den *Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Durchführung der Strategie „Europa 2020“* (2011b) wird betont, dass allgemeine und berufliche Bildung bei der Verwirklichung der Ziele eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums eine grundlegende Rolle spielen. Sie tragen zu sozialem Zusammenhalt und sozialer Inklusion bei und statten so die Bürgerinnen und Bürger mit den Fähigkeiten und Kompetenzen aus, die die europäische Gesellschaft und die europäische Wirtschaft brauchen.

Abbau von Barrieren für Lernende mit Behinderungen: Viele Länder und auch die EU selbst haben das Übereinkommen der Vereinten Nationen *über die Rechte von Menschen mit Behinderungen* (UNCRPD 2006, deutsch: Behindertenrechtskonvention, BRK) und das Fakultativprotokoll unterzeichnet und ratifiziert und damit einen Motor für Veränderungen geschaffen. In Artikel 24 der Behindertenrechtskonvention wird erklärt, dass ein integratives Bildungswesen für Kinder mit Behinderungen das beste Lernumfeld bietet und zur Beseitigung von Barrieren und Infragestellung von Stereotypen beiträgt.

In der BRK wird festgestellt, dass alle Lehrkräfte für einen Unterricht in inklusiven Schulen ausgebildet werden müssen, und damit bekräftigt, dass die Lehrerbildung verbessert werden muss, wie die Bildungsminister in den letzten Jahren (2007, 2008, 2009b) gefordert haben. Das Projekt „Inklusionsorientierte Lehrerbildung“ bietet weitere Unterstützung für solche Maßnahmen.

Das Projekt „Inklusionsorientierte Lehrerbildung“ der Agency¹

2009 startete die Agency ein Dreijahresprojekt zur Untersuchung der Frage, wie Lehrkräfte der Regelschulen in ihrer Erstausbildung dafür ausgebildet werden, ihren Unterricht „inklusiv“ zu gestalten. Am Projekt nahmen 55 Expertinnen und Experten aus 25 Ländern teil, darunter politische Entscheidungsträger aus den Bereichen der Lehrerbildung und der inklusiven Bildung, und Auszubildende von Lehrkräften der allgemeinen Schulen und der Förderschulen. Die Projektempfehlungen stützen sich auf die Gemeinsamkeiten der diesbezüglichen Politik und Praxis in den teilnehmenden Ländern, die im Rahmen des Projekts erstellten Auswertungen der Literatur und der politischen Erklärungen und gesetzlichen Vorgaben, sowie die in 14 Studienbesuchen zusammengetragenen Informationen. Ein wichtiges Ergebnis ist neben dem Projektbericht ein Profil inklusionsorientierter Lehrkräfte, in dem die Kompetenzen skizziert werden, die sie für einen wirkungsvollen inklusiven Unterricht benötigen.

Projektergebnisse und Empfehlungen

Die Lehrerbildung in Europa muss weiterentwickelt werden, wenn sie Lehrkräfte effektiv auf die zunehmend unterschiedlichen Bedürfnisse der Lernenden vorbereiten soll. Die Ergebnisse des Projekts „Inklusionsorientierte Lehrerbildung“ bestätigen die wichtigsten auf europapolitischer Ebene hervorgehobenen Anliegen und machen deutlich, dass folgende Maßnahmen notwendig sind:

- Entwicklung effektiverer Einstellungs- und Auswahlverfahren;
- Verbesserung der Lehrerbildungssysteme einschließlich der Lehrererstausbildung, Einführung, Mentoring und Weiterbildung;
- Stärkung des Berufs und Gewährleistung der Qualität der Lehrerausbilderinnen und -ausbilder;
- Verbesserung der Leitung schulischer Einrichtungen.

Die wichtigste Schlussfolgerung aus den Ergebnissen dieses Projekts besteht darin, dass die Kompetenzen der Lehrkräfte verbessert und Berufsethos und berufliche Einstellungen gefördert werden müssen. Im Rahmen des Projekts wurden vier Grundwerte in Bezug auf Unterricht und Lernen als Grundlage für die Kompetenzen von Lehrkräften an inklusiven Schulen ermittelt:

¹ Weitere Informationen sind abrufbar unter: <http://www.european-agency.org/agency-projects/teacher-education-for-inclusion>

² Belgien (Flämische und Französische Gemeinschaft), Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Island, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich (England, Nordirland, Schottland, Wales) und Zypern



Wertschätzung der Diversität der Lernenden: Unterschiede werden als Ressource und Aktivposten für die Bildung wahrgenommen;

Unterstützung für alle Lernenden: die Lehrkräfte haben hohe Erwartungen an die Leistungen aller Lernenden;

Mit anderen zusammenarbeiten: Kooperation und Teamarbeit sind wesentliche Ansätze für alle Lehrkräfte;

Persönliche berufliche Weiterentwicklung: Unterrichten ist eine Lerntätigkeit und Lehrkräfte müssen Verantwortung für ihr lebenslanges Lernen übernehmen.

Aus den Projektergebnissen lässt sich eine Reihe von Empfehlungen ableiten. Sie richten sich an Dozentinnen und Dozenten in der Lehrerbildung sowie an die politischen Entscheidungstragenden. Diese müssen einen kohärenten politischen Rahmen für die systemischen Veränderungen bereitstellen, die als Grundlage für positive Auswirkungen auf die inklusionsorientierte Lehrerbildung erforderlich sind:

Einstellung und Verbleib im Beruf: Wirksame Ansätze für eine verbesserte Rekrutierung von Lehramtsstudierenden und bessere Verbleibquoten sollten gleichzeitig mit Wegen zur Steigerung der Zahl von Lehrkräften mit unterschiedlichem Hintergrund und Lehrkräften mit Behinderung erprobt werden.

Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Effizienz der Lehrerbildung: Es braucht vermehrt Forschungsarbeiten, die sich mit der Frage beschäftigen, welche Wege der Lehrerbildung sich als effizient erweisen. Weitere Forschungsschwerpunkte können die Organisation der einschlägigen Studiengänge sein sowie pädagogische Inhalte, die die Entwicklung von Kompetenzen für den Umgang mit unterschiedlichen Bedürfnissen aller Lernenden erforschen.

Professionalisierung von Lehrerausbilderinnen und -ausbildern: Der Beruf der Dozentinnen und Dozenten für Lehrerbildung muss weiterentwickelt werden. In den Bereichen Einstellung, Einführung und kontinuierliche berufliche Weiterentwicklung sind Verbesserungen erforderlich. Das Profil der Dozentinnen und Dozenten für Lehrerbildung an Hochschulen und des schulischen Personals mit dem gleichen Verantwortungsbereich sollte durch die Ernennung von Kandidatinnen und Kandidaten mit geeigneter Erfahrung und Qualifikation angehoben werden. Weitere Arbeit sollte in die Entwicklung eines formalen Einführungsprozesses und in Methoden zum Erwerb aktueller und relevanter Unterrichtserfahrungen für Hochschuldozentinnen und -dozenten investiert werden.

Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hochschulen: Da die Unterrichtspraxis einen wesentlichen Teil der Erstausbildung von Lehrkräften ausmacht, muss sie durch ein klares Verständnis der grundlegenden theoretischen Elemente unterstützt werden, um sicherzustellen, dass die Praxis sich nicht nur auf die Kompetenzen konzentriert, die am einfachsten beobachtet und gemessen werden können. Die Schulen und die Hochschulen für Lehrerbildung müssen zusammenarbeiten, um für die Anwendung guter Praxismodelle in den an der Ausbildung der Lehrkräfte beteiligten Schulen und eine angemessene schulpraktische Ausbildung zu sorgen.

Umfassende systemische Reform: Lehrerbildung kann nicht isoliert funktionieren. Die umfassende Systemreform, die zur Unterstützung des Wandels in der Lehrerbildung erforderlich ist, gelingt nur durch das Engagement und eine klare Führungsverantwortung der politischen Entscheidungstragenden und sämtlicher Akteure aller Bildungsbereiche. Die weitere Arbeit sollte sich auf die Entwicklung einer bereichsübergreifenden Politik und die Umsetzung einer institutions- und agenturübergreifenden Praxis auf allen Ebenen zur Unterstützung der inklusiven Bildung als zentralem Element einer inklusiveren Gesellschaft konzentrieren.

Klärung der Begriffe, die im Zusammenhang mit Inklusion und Diversität verwendet werden: Kategorisierung und Etikettierung fördern Vergleiche, bauen Hierarchien auf und können Erwartungen begrenzen, was in der Summe auch dem Lernen Grenzen setzt. Eine Politikreform sollte alle Lehrkräfte und einschlägigen Fachkräfte bei der Entwicklung eines klaren Verständnisses davon unterstützen, welche Prämissen und Implikationen mit der Verwendung der verschiedenen Begrifflichkeiten assoziiert und befördert werden.

Bereiche, in denen die Politik aktiv werden muss

In ganz Europa sind Entwicklungen in der inklusionsorientierten Lehrerbildung festzustellen. Wenn allerdings alle Lehrkräfte in ihrer Erstausbildung auf den Umgang mit den vielfältigen Bedürfnissen Lernender im inklusiven Unterricht vorbereitet werden sollen, müssen einige politische Kernfragen noch eingehender untersucht werden. Betrachtet man die politischen Prioritäten auf europäischer Ebene in Kombination mit den Ergebnissen dieses Projekts, wird offensichtlich, welchen Nutzen weitere Untersuchungen in diesem Bereich erbringen können. Die folgenden vier Bereiche erfordern dabei besondere Aufmerksamkeit:



Studiengangübergreifende Konzepte für Lehrerbildungsgänge: Fragen der Inklusion und Diversität sollten ein fester Bestandteil der Inhalte von Erstausbildungsgängen aller Lehrkräfte in allen Schulstufen und Fächern sein.

Ein Kontinuum der Weiterbildungsmöglichkeit zu Fragen der Diversität, das allen Lehrkräften und Schulleitungen zur Verfügung steht: Nach einer Behandlung dieser Themen in der Erstausbildung und einem Spektrum relevanter Praxiserfahrungen sollten alle Lehrkräfte die Möglichkeit zu kontinuierlicher und gezielter Fortbildung haben.

Weiterbildungsmöglichkeiten zu Fragen der Diversität für alle Lehrerausbildenden: Es sollten verstärkt Lehrerausbildende/innen eingestellt werden, die über Kenntnisse und Erfahrung in inklusiven Settings verfügen. Alle Lehrerausbildenden sollten die Möglichkeit einer Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsarbeiten haben, um die Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen der Hochschulen zu fördern und so zu einem ganzheitlichen Inklusionsansatz der Hochschulen beizutragen.

Erhebung von Daten zur Einstellung von Lehrkräften und ihrem Verbleib im Beruf, insbesondere zur Repräsentation von Lehrkräften aus Minderheitengruppen: Solche Daten sollten analysiert und genutzt werden, um eine Informationsgrundlage für politische Entscheidungen zu schaffen und sicherzustellen, dass die Lehrerschaft repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist.

Schlussbemerkungen

Der Nutzen einer stärkeren Inklusion ist in Verbindung mit anderen Prioritäten wie sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt langfristiger Natur. Investitionen in die frühkindliche Erziehung und Bildung und ein zunehmend inklusives Bildungssystem stellen wahrscheinlich die effizienteste Ressourcennutzung dar.

Die Vision eines gerechteren Bildungssystems setzt voraus, dass den Lehrerinnen und Lehrern in ihrer Ausbildung die Kompetenzen vermittelt werden, die sie für den Umgang mit den vielfältigen Bedürfnissen der Lernenden benötigen. Es steht zu hoffen, dass die Arbeit dieses Projekts der Agency einige Ideen und Anregungen für den weiteren Weg zu einer qualitativ hochwertigen Bildung für alle Lernenden liefern kann.

Bibliografie

Rat der Europäischen Union (2007) *Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Qualität der Lehrerbildung* (Amtsblatt C 300, 12.12.2007)

Rat der Europäischen Union (2008) *Schlussfolgerungen des Rates vom 21. November 2008 und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten – Junge Menschen auf das 21. Jahrhundert vorbereiten: eine Agenda für die europäische Zusammenarbeit im Schulwesen* (ABl. 2008/C 319/08)

Rat der Europäischen Union (2009a) *Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“)* (2009/C 119/02)

Rat der Europäischen Union (2009b) *Schlussfolgerungen des Rates vom 26. November 2009 zur beruflichen Entwicklung von Lehrkräften und Schulleitern/-leiterinnen* (ABl. 2009/C 302/04)

Rat der Europäischen Union (2010) *Schlussfolgerungen des Rates zur sozialen Dimension der allgemeinen und beruflichen Bildung. 3013. Tagung des Rates Bildung, Jugend und Kultur, Brüssel, 11. Mai 2010*

Rat der Europäischen Union (2011a) *Schlussfolgerungen des Rates zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt. 3073. Tagung des Rates Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz, Brüssel, 7. März 2011*

Rat der Europäischen Union (2011b) *Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Durchführung der Strategie „Europa 2020“* (2011/C 70/01)

Vereinte Nationen (2006) *Convention on the Rights of Persons with Disabilities (Übereinkommen über die Rechte der Menschen mit Behinderungen)*. New York: Vereinte Nationen. Elektronische Fassung abrufbar unter: <http://www.un.org/disabilities/convention/conventionfull.shtml>

Weltgesundheitsorganisation (2011) *World Report on Disability*. Genf, WHO



© European Agency for Development in Special Needs Education 2011



Die Veröffentlichung wurde unterstützt von der Generaldirektion für allgemeine und berufliche Bildung und Kultur der Europäischen Kommission: http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/index_en.htm